Bericht aus der Sitzung vom 18. November 2021

Bekanntgabe nicht-öffentlicher Beschlüsse

Bürgermeister Mailänder gab einen Beschluss aus der letzten nicht-öffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.10.2021 bekannt:

Grundstücksangelegenheiten

Die Gemeinde verkauft ein Grundstück im Gewerbegebiet „Berger Steig III“ mit einer Fläche von ca. 11.260 m² an ein auswärtiges Unternehmen, welches seinen Firmensitz nach Hermaringen verlagern wird.

Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes - Beschluss der endgültigen Ausführungsplanung

Der Gemeinderat hat vor der Sommerpause das modifizierte Verkehrskonzept für die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes beschlossen. Das IB Gansloser wurde dabei mit der Umplanung beauftragt. Diese ist mittlerweile abgeschlossen und das Leistungsverzeichnis der Bauarbeiten aktualisiert.

In diesen Tagen beginnt die beauftragte Firma Leonhard Weiss mit den Bauarbeiten. 2021 sollen noch die Wasserleitungen ausgetauscht und ergänzt sowie die Abwasserleitungen ergänzt werden. Im kommenden Jahr steht die Verlegung der Strom-, Gas- und Breitbandleitungen sowie der Straßenbau an. Die Gesamtmaßnahme soll bis Herbst 2022 abgeschlossen sein.

Hinsichtlich der Erneuerung des Stromnetzes wird in enger Abstimmung der SWU mit dem uns in der Zukunftsentwicklung unserer Elektrizitätsversorgung beratenden IB Schleich bei der Netzauslegung bereits die E-Mobilität berücksichtigt. Auch Gasleitungen werden bereits nicht mehr nur unter dem Blickwinkel des Gas-, sondern auch eines möglichen zukünftigen Wasserstofftransports betrachtet.

Die Auftragssumme an die Fa. Leonhard Weiss erhöht sich dadurch von ursprünglich rund 1,154 Mio. € auf nun 1,42 Mio. €. Der Eigenanteil der Gemeinde an den Mehrkosten von rund 266.000 € beträgt etwa 106.000 €, da auch die Mehrkosten vom Land mit 60 % gefördert werden.

Der für dieses Projekt zur Verfügung stehende Förderrahmen beträgt 1,8 Mio. € (nur Straßenraumgestaltung, Beleuchtung und Planungshonorare). Die Verlegung von Breitband und Abwasser ist nicht förderfähig.

Die Verwaltung schlug vor, den Kreuzungsbereich Schiller-/Uhlandstraße aus Gründen der Langlebigkeit in Asphalt und nicht in Pflaster auszuführen. Dadurch können rund 9.000 € eingespart werden. Durch die Ausführung der Fahrgasse des Parkplatzes in der Uhlandstraße als wassergebundene Decke anstelle von Asphalt könnten weitere 11.500 € eingespart werden.

Im Rat wurde über die Verwaltungsvorschläge und evtl. weitere Einsparungen bei der Bauausführung, z. B. Verzicht auf weitere Pflasterflächen, diskutiert. Danach wurden die nachfolgenden Beschlüsse zur endgültigen Ausführungsplanung gefasst.

Mit 10 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen wurde beschlossen:

1. Die Einmündung Schiller-/Uhlandstraße wird in Asphalt ausgeführt.
2. Die Fahrgasse des Parkplatzes an der Uhlandstraße wird in Asphalt ausgeführt.

Mit 6 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung wurde beschlossen:

3. Im Übrigen werden die Flächen gemäß der vorgestellten Umplanung gestaltet.
Somit bleibt es bei der geplanten Pflasterung im Bereich des Bahnhofsplatzes bis zum Ende des Ärztehauses.

Mit 8 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung wurde beschlossen:

4. Verkehrsbremsen sollen dort, wo baulich möglich, eingebaut werden.

Einstimmig wurde beschlossen:

5. Bis zum Bau des „Lebensgartens grüne Aue“ wird die Bahnhofstraße zwischen Wohn- und Gesundheitshaus und Uhlandstraße als Radwegeverbindung erhalten, allerdings auf Radwegbreite zurückgebaut.

Erstellung eines Löschwasserkonzepts für die Gemeinde

Nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Feuerweggesetzes Baden-Württemberg (FwG) hat jede Gemeinde auf ihre Kosten für die ständige Bereithaltung von Löschwasservorräten und sonstigen, der technischen Entwicklung entsprechenden Feuerlöschmitteln zu sorgen. Um dieser gesetzlichen Verpflichtung gerecht zu werden, muss die Gemeinde ein Löschwasserkonzept erstellen, in dem folgende Punkte enthalten sind:

Für die Ermittlung des Löschwasserbedarfs sind alle Bebauungsgebiete und Bauten im Außenbereich zu berücksichtigen. Dabei wird zwischen dem Grundschutz (Genereller Brandschutz von Wohn-, Dorf-, Misch-, Gewerbe- und Industriegebieten) und dem Objektschutz (Schutz von Objekten mit erhöhtem Brandrisiko bzw. erhöhtem Risiko von Personen- und Sachschäden) unterschieden.

Bei der Ermittlung des Löschwasserangebots ist neben öffentlichen Gewässern, Brunnen und Behältern vor allem die mögliche Entnahme aus dem öffentlichen Trinkwasserversorgungsnetz zu prüfen.

Bei der Beurteilung, in welchem Maße das öffentliche Trinkwasserversorgungsnetz für die Löschwasserversorgung in Anspruch genommen werden kann, ist die Leistungsfähigkeit des Rohrnetzes und die Versorgungssituation ausschlaggebend. Dabei darf die Entnahme von Löschwasser aus dem Trinkwasserversorgungsnetz keine unübersehbaren Risiken für die Infrastruktur und die Qualität des Trinkwassers bergen.

Die Stadtwerke Giengen GmbH haben der Gemeinde ein Angebot für die Erstellung eines Löschwasserkonzepts in Höhe von 22.645,70 € brutto unterbreitet.

Von einigen Gemeinderäten, die auch Angehörige der örtlichen Feuerwehr sind, wurde darauf hingewiesen, dass bei der Feuerwehr schon einiges an Grundlagen vorhanden sei. Diese Unterlagen und Pläne sollten beim zu erstellenden Konzept verwendet werden. Eventuell könnte sich das auf das vorliegende Angebot kostenreduzierend auswirken.

Gemeinderat Ott stellte deshalb den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und zunächst die Feuerwehr in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Einstimmig wurde beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Photovoltaik-Anlage auf Rathaus und Kindergarten - Dachnutzungsvertrag - Pachtvertrag

Die BürgerKraftwerke Hermaringen eG haben mit Einverständnis der Gemeinde auf den Dächern des Rathauses und des

Evangelischen Kindergartens „Konfetti“ in der Fröbelstraße PV-Anlagen mit Flächen von 128 qm (Rathaus) bzw. 113 qm (Kindergarten) und Leistungen von 24,79 kWp (Rathaus) bzw. 21,83 kWp (Kindergarten) errichtet.

Der produzierte Strom der Anlagen wird für den Eigenverbrauch der beiden Gebäude verwendet. Der überschüssige Strom wird ins Netz der SWU Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH eingespeist.

Von der Nutzung des produzierten Stroms im Rahmen des Eigenverbrauchs haben beide Seiten, Eigentümer (BürgerKraftwerke) und Verbraucher (Gemeinde), einen Vorteil gegenüber der herkömmlichen Verfahrensweise (Eigentümer speist komplett ins Netz ein und Verbraucher bezieht kompletten Strombedarf vom Lieferanten aus dem Netz).

Wie bereits bei allen Anlagen der BürgerKraftwerke auf Grundeigentum der Gemeinde muss auch für diese Anlagen jeweils ein Dachnutzungsvertrag abgeschlossen werden.

Dachnutzungsvertrag

Die Verwaltung empfiehlt, analog den Nutzungsverträgen für Rudolf-Magenau-Schule, Feuerwehrhaus/Bauhof, Güssenhalle und Kläranlage zu verfahren. Dies bedeutet, dass die Dächer für das Inbetriebnahmejahr und die ersten beiden Jahre danach (bis 31.12.2023) entgeltfrei zur Verfügung gestellt werden und danach ein Nutzungsentgelt in Höhe von 2 % der jährlichen Pachteinnahmen zu entrichten ist. Das Nutzungsentgelt für die Dachflächen von Rathaus und Kindergarten wird auf der Grundlage der jährlichen Pachteinnahmen ermittelt.

Die Entschädigung, welche der Anlageneigentümer für den eigenverbrauchten Strom erhält, muss bei der Berechnung des Nutzungsentgelts berücksichtigt werden.

Beides, Pachteinnahmen aus den Einspeisevergütungen und Pachteinnahmen aufgrund des eigenverbrauchten Stroms, bilden aus Sicht der Verwaltung die geeignete Basis für die Berechnung des Nutzungsentgelts.

Pachtvertrag

Um die Kostenvorteile des eigenverbrauchten Stroms nutzen zu können, verlangt der Gesetzgeber, dass Erzeuger = Betreiber der Anlagen (nicht Eigentümer) und Verbraucher des Stroms ein und dieselbe Person (auch bei juristischen Personen) sein müssen.

Die BürgerKraftwerke haben die Investitionskosten für die Anlagen aufgebracht. Um die gesetzlichen Vorgaben für diese Lösung zu erfüllen, verpachtet nun die Genossenschaft ihre Anlagen an die Gemeinde, welche die künftige Betriebsführung übernimmt. Als Gegenleistung für die Zurverfügungstellung der PV-Anlagen erhalten die Bürger-Kraftwerke eine jährliche Pachtzahlung.

Der monetäre Vorteil der Gemeinde durch die PV-Anlagen liegt zum einen in den etwas geringeren Stromkosten und zum anderen in der erzielten Dachnutzungsverpachtung.

In Zeiten des dringend erforderlichen Klimaschutzes ist aus Sicht der Verwaltung die Unterstützung der BürgerKraftwerke beim Ausbau der regenerativen Energien der viel wichtigere Aspekt als ein evtl. deutlich größerer monetärer Vorteil.

Nach der Schilderung des Sachverhalts durch Bürgermeister Mailänder wurde per einstimmigem Votum folgender Beschluss gefasst:

1. Die Dachnutzungsverträge zwischen der Gemeinde und den BürgerKraftwerken Hermaringen eG werden genehmigt.
2. Die Pachtverträge zwischen der Gemeinde und den BürgerKraftwerken Hermaringen eG werden genehmigt.
3. Herr Gemeinderat Martin Gansloser wird ermächtigt, als Vertreter der Gemeinde, die vorgenannten Verträge zu unterzeichnen.

Kreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2021

Zum Ausgleich des Haushaltes 2021 ist im Haushaltsplan eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.060.000 € vorgesehen. Diese soll zur Finanzierung der investiven Ausgaben der Gemeinde Hermaringen im Jahr 2021 dienen. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen schlägt die Verwaltung vor, die Kreditaufnahme auf 900.000 € zu reduzieren.

Die Kreditermächtigung hat das Landratsamt Heidenheim - Rechtsaufsicht- im Rahmen des Haushaltserlasses genehmigt.

Vorgesehen ist eine Laufzeit von 20 oder 30 Jahren. Die Länge der Zinsbindung soll in Abhängigkeit der Höhe der Zinssätze für 10, 20 oder 30 Jahren gewählt werden. Angestrebt wird eine möglichst langfristige Zinssicherheit.

Das Gremium konnte sich der Empfehlung der Verwaltung auf eine 20-jährige Zinsfestschreibung für den aufzunehmenden Kredit anschließen.

Einstimmig wurde die Verwaltung dann ermächtigt, einen Kredit in Höhe von 900.000 € mit einer Laufzeit von 20 Jahren und einem Zinssatz von 0,45 Prozent aufzunehmen.

Bebauungsplan „Sondergebiet Lamm-Areal“ in Giengen - Stellungnahme der Gemeinde Hermaringen

Der Gemeinderat der Stadt Giengen hat in seiner Sitzung am 25.03.2021 die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet Lamm-Areal“ beschlossen. In der Sitzung am 30.09.2021 wurde vom Giengener Gemeinderat der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Sondergebiet Lamm-Areal“ sowie der Vorhaben- und Erschließungsplan gebilligt.

Ziel des Bebauungsplans ist die Schaffung von Baurecht für die Errichtung einer Brauereigaststätte mit Hotel und Stadtwohnungen. Die planungsrechtliche Grundlage dafür wird mit der Ausweisung eines sog. Sondergebiets (SO) geschaffen.

Einstimmig wurde beschlossen, dass die Gemeinde keine Einwendungen gegen den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Sondergebiet Lamm-Areal“ in Giengen und dessen bauordnungsrechtliche Festsetzungen erhebt, da keine Belange der Gemeinde Hermaringen berührt bzw. beeinträchtigt werden.

Bebauungsplan „Ehemaliges Schwesternwohnheim“ in Giengen - Stellungnahme der Gemeinde Hermaringen

Der Gemeinderat der Stadt Giengen hat in seiner Sitzung am 30.09.2021 die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Ehemaliges Schwesternwohnheim“ beschlossen. In der Sitzung wurde auch der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie der Vorhaben- und Erschließungsplan gebilligt.

Ziel der Planung ist die Ermöglichung der Umnutzung des ehemaligen Schwesternwohnheims. Dabei schafft der

Bebauungsplan mit der Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebiets (WA) die planungsrechtliche Grundlage für die geplante Umnutzung des Gebäudes zu Wohnzwecken.

Einstimmig wurde beschlossen, dass die Gemeinde keine Einwendungen gegen den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Ehemaliges Schwesternwohnheim“ in Giengen und dessen bauordnungsrechtliche Festsetzungen erhebt, da keine Belange der Gemeinde Hermaringen berührt bzw. beeinträchtigt werden.

Bebauungsplan „Bruckersberg - Ost“ in Giengen - Stellungnahme der Gemeinde Hermaringen

Der Gemeinderat der Stadt Giengen hat in seiner Sitzung am 30.09.2021 den Vorentwurf des Bebauungsplans „Bruckersberg - Ost“ gebilligt und die Durchführung der Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Ziel der Planung ist die Schaffung von Baurecht für ein allgemeines Wohngebiet (WA). Die Festsetzungen lassen zu, dass Einzel- und Doppelhäuser sowie Hausgruppen geschaffen werden können. Dabei sollen unterschiedliche Wohnformen, die von Einfamilienhäusern bis zum Geschosswohnungsbau (Mehrfamilienhäuser) gehen, geplant werden können. Das Plangebiet umfasst eine Bruttogesamtfläche von ca. 44.298 m², wobei davon ca. 30.098 m² (= 68 %) Wohnbaufläche sind.

Das unverbindliche Baukonzept geht dabei von ca. 80 Wohnungen im Geschosswohnungsbau und ca. 70 Einfamilienwohnhäusern in Hausgruppen (Reihen-, Ketten- und Doppelhäuser) sowie Einzelhäusern aus.

Mit 11 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme wurde beschlossen, dass die Gemeinde keine Einwendungen gegen den Vorentwurf des Bebauungsplans „Bruckersberg - Ost“ in Giengen und dessen bauordnungsrechtliche Festsetzungen erhebt, da keine Belange der Gemeinde Hermaringen berührt bzw. beeinträchtigt werden.

Der Beschluss wurde aber mit folgender Bedingung versehen: Es muss dabei sichergestellt sein, dass die Gemeinde Hermaringen bei der gemeinsamen Flächennutzungsplanung mit der Stadt Giengen und ihrer eigenen baulichen Entwicklung durch dieses über 4,4 ha große Wohngebiet nicht eingeschränkt wird.

Baugesuche

Der Gemeinderat hatte über eine Bauvoranfrage zu befinden.

Einstimmig wurde das Einvernehmen für folgende Bauvoranfrage erteilt:

- Erweiterung der Garage sowie Errichtung eines Carports, Hintere Straße 6/1